Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 63.

[illegible]

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1960

Nr. 162 — Mittwoch, den 13. Juli 1932 — 27. Jahrgang

Papen über das Lausanner Abkommen

Der Kanzler versucht seine Haltung zu rechtfertigen

Berlin, 11. Juli. Bei dem Empfang der deutschen Presse, über den wir gestern schon kurz berichteten, verbreitete sich der Reichskanzler noch einmal ausführlich über Einzelheiten der Lausanner Konferenz. — Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheiternlassen der Konferenz mit allen seinen Folgen einer weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und damit einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden konnte. Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen. Es ist ja nicht so gewesen, fuhr der Reichskanzler fort, wie das die deutsche Oeffentlichkeit seit langem angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung gestanden hätten, die einen glatten Strich durch unsere doch vor erst zwei Jahren feierlich gegebene Unterschrift zur Leistung von über 35 Milliarden, mit einer jährlichen Zahlung von fast zwei Milliarden bedeuteten. Gewiß haben die Tatsachen ergeben, daß dieser erst vor zwei Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist. Aber ebensowenig, wie wir mit einem einseitigen Akt die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterschriften auslöschen können, ebensowenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind. Die heutige Regierung hatte einfach eine Lage zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag geschaffen worden ist. — Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden kann, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterschrift in Abrede stellt und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muß ich

mit einem glatten Nein beantworten.

Also blieb für ein großes Volk von Selbstachtung nur der Weg von Verhandlungen auf Grund tatsächlich festgestellter Gegebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege ein Resultat erzielt haben, das allerdings einen großen Fortschritt bedeutet.

Der Pakt von Lausanne, fuhr der Reichskanzler fort, bedeutet das völlige Ende des Systems der Reparationen, der einseitigen Zahlungen ohne Gegenwert, die Abschwächung der großen Gefahr des Transfers — sie bleibt für private Verpflichtungen noch bestehen —, er bedeutet die Beendigung eines Systems, welches die Weltwirtschaft in ein ungeheures Chaos gestürzt hat. Der Kanzler erklärte weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands geradezu zur Voraussetzung hat. Nach dem Urteil der Fachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Fonds im Betrage von drei Milliarden zu den vorgeschlagenen Bedingungen in dem vorgesehenen Zeitraum von 12 Jahren auf dem Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeutet das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichskanzler auch auf

die politischen Forderungen

zu sprechen, deren Verquickung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe. Hierzu stellte Reichskanzler von Papen fest: Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßte, nicht auch zugleich die Fragen anzuschneiden, die die moralische Voraussetzung unserer ehemaligen Feinde für die Auferlegung der ganzen Tributbelastung und Diskrimination für Deutschland gewesen ist? Es ist doch selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihr moralischer Vorwand beseitigt werden muß. Auch jede anders zusammengesetzte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der historischen Forschung bereits so weit vorangetrieben ist, daß sie für uns in absolut positivem Sinne entschieden ist. An sich wäre eine Beseitigung des Artikels 231 nur mit einem völligen Widerruf der Mächte von Versailles möglich. Aber es wäre doch ein weiterer Schritt in der Fortnahme der Diskrimination gewesen, wenn der Artikel 231, wie uns von einer Reihe von Ländern zugesagt worden war, mit Teil 8 als gestrichen zu betrachten wäre. Man weiß, welche Hindernisse dieser Möglichkeit in letzter Stunde entgegengestellt wurden. Für uns ist mit dem Fortfall des Teiles 8 auch dieser Artikel gestrichen. Aber es ist in Lausanne doch auch erreicht worden, daß eine der großen Mächte, mit denen wir verhandelt haben, wiederholt und unmißverständlich die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt hat.

Wenn ich auch nicht in der Lage bin, fuhr Herr von Papen wörtlich fort, den Inhalt meiner Besprechung mit dem englischen Premierminister der Oeffentlichkeit preiszugeben, so werden Sie doch vielleicht aus seiner Schlußrede und seinem Appell an die Adresse Frankreichs ersehen haben, wieweit in der Tat die Erkenntnis und der Wille fortgeschritten sind, die deutsche Diskrimination auszuräumen. Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund dieser Annäherung auch auf dem Gebiete der Gleichheit der Rechte in der Wehrfrage in Genf Resultate erzielt werden können, die im Interesse der deutschen Nation unter allen Umständen erzielt werden müssen. Es sei klar, daß das Ergebnis von Lausanne, daß in der Presse der Welt als ein Strich unter das Kapitel des Krieges und als Beginn einer neuen Aera anerkannt wird, in Deutschland durch die politischen Bedürfnisse des Wahlkampfes stark verzerrt wird. — Der Kanzler schloß seine Ausführungen folgendermaßen: „Wir werden abwarten, welche Wirkung die Beseitigung des Reparationssystems auf die Besserung der Weltwirtschaftslage ausüben wird. Wir können heute nur abschätzen, inwieweit dieses Ergebnis der Besserung der deutschen Lage, der Wiederherstellung unseres Kredites, und, was doch nie zu übersehen ist, der Aufrechterhaltung der Währung, die nur im Gesamtrahmen der Weltwirtschaft möglich ist, dienen wird.

Das Reichskabinett und Lausanne

Berlin, 11. Juli. In der heutigen Kabinettssitzung erstattete der Reichskanzler einen eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne. Der Reichsminister des Innern sprach im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die völlige Einmütigkeit des Reichskabinettes.

Wird ratifiziert?

Die entscheidende Rolle Amerikas

Neuyork, 11. Juli. Die hiesigen Blätter bringen ausführliche Berichte aus Washington über die „feindselige Haltung des Kongresses gegenüber jeder Nachgiebigkeit der Vereinigten Staaten in der Haltung der Kriegsschulden. Diese Stimmung, so melden die Blätter aus Washington, hat sich noch erheblich mit dem Bekanntwerden des Gentleman-Agrements von Lausanne verschärft. Eine ganze Anzahl von Senatoren soll erneut auf das nachdrücklichste erklärt haben, daß die Vereinigten Staaten schon bei den früheren Schuldenverhandlungen genug Konzessionen gemacht hätten.

Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 11. Juli. Der Generalsekretär des Völkerbundes ist vom Generalsekretär der Lausanner Konferenz gebeten worden, die erforderlichen Schritte zu der Einberufung einer Wirtschafts- und Währungskonferenz zu tun. Die Einberufung der Konferenz, deren Vorbereitung hauptsächlich in den Händen des Völkerbundssekretariats liegen würde, soll in einer Sitzung des Völkerbundsrates, die bis jetzt noch nicht anberaumt worden ist, erfolgen.

Überwachungsausschuß am 22. Juni

Berlin, 11. Juli. Reichstagspräsident Löbe hat am Montag an den Abgeordneten Straßer, den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, ein Schreiben gerichtet, in dem er davon Mitteilung macht, daß er jetzt das älteste Mitglied des Ausschusses ersucht habe, den Ausschuß einzuberufen. Das älteste Mitglied ist der Abgeordnete Heimann (Soz.), der den Ueberwachungsausschuß für Freitag, den 22. Juli, einberufen hat. Auf die Tagesordnung ist auch noch ein Antrag Dr. Pflegers (BVP.) gesetzt worden, den bisherigen Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses abzuberufen und einen neuen Vorsitzenden zu wählen.

Dingeldey Spitzenkandidat in Hessen-Nassau

Frankfurt a. M., 11. Juli. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei des Wahlkreises Hessen-Darmstadt hat beschlossen, den bisherigen Spitzenkandidaten, den Parteiführer Dingeldey, wiederum an die erste Stelle des Wahlvorschlages zu setzen.

Die Sozialdemokraten beim Reichsinnenminister

Berlin, 11. Juli. Im Hinblick auf die vielen blutigen Zusammenstöße, die sich namentlich am Sonntag in allen Teilen des Reiches ereignet haben, u. a. auch auf die Vorgänge in Hagenow und Eckernförde, wo die dortigen Gewerkschaftshäuser von Nationalsozialisten angegriffen worden sind, hat, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei den Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl für Dienstag um eine Aussprache ersucht.

Regierungskrise in Frankreich?

Paris, 12. Juli. Die französische Kammer ist zur Zeit noch dabei, den Finanzgesetzentwurf zu verabschieden. Wie in den Gängen der Kammer verlautet, soll die Sozialistische Fraktion beschlossen haben, wegen der Haltung des Ministerpräsidenten Herriot in der Frage der Reservistenübungen in der Schlußabstimmung gegen die Regierung zu stimmen.

„Wohlfahrtsstaat für den bankerotten Großgrundbesitz"

Rede Brünings in Breslau

Breslau, 11. Juli. In einer Kundgebung der Niederschlesischen Zentrumspartei sprach am Montagabend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und erklärte, daß der Pakt von Lausanne auch von der Rechten unter allen Umständen werde angenommen werden müssen. Daran würden auch die Worte Hitlers in Berchtesgaden nichts ändern, der erklärt habe, daß er in sechs Monaten keine 3 Mark mehr bezahlen würde. Die Reparationsfrage in dieser Lösung sei nur ein Wegräumen von Schutt, aber noch nicht der Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, den die ganze Welt brauche. Brüning wandte sich scharf gegen die terroristische Art des gegenwärtigen Wahlkampfes und fuhr fort, bei der Not des Volkes könne man nicht wie die Regierungserklärung von einem Wohlfahrtsstaat sprechen, höchstens von einem Wohlfahrtsstaat in den zwei vergangenen Jahren für den größeren Grundbesitz des deutschen Ostens. Die Entwürfe für die Siedlungsreform seien von konservativ-rechtsstehenden Männern protestantischen Bekenntnisses gemacht worden, die es für notwendig befunden hätten, im Interesse des lebensfähigen Großgrundbesitzes den verhältnismäßig kleinen Teil des Großgrundbesitzes, der nicht mehr lebensfähig war, für die Siedlung bereitzustellen, die für Söhne kleiner armer Bauern nur im Osten und auch im übrigen Reich. Das habe mit Bolschewismus nichts zu tun. Wenn die Systemänderung darin bestehen soll, schloß Brüning, daß eine wechselnde Arbeitsgemeinschaft von Parteien verschiedener Richtung die Herrschaft einer einzigen Partei überlassen soll, dann rufe er auf zum Kampfe. Denn die Herrschaft einer einzigen Partei dürfe es in Deutschland nie geben.

1 Million Erwerbslose in Neuyork

London, 11. Juli. Nach einer Times-Meldung aus Neuyork wird die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt Neuyork allein jetzt auf eine Million geschätzt.

Das französische Milliardendefizit

Beginn der Finanzaussprache

Paris, 11. Juli. Die Kammer hat nach einer kurzen Generaldebatte über das Finanzsanierungsgesetz heute abend ohne Widerspruch beschlossen, sofort in die Einzelberatung des Gesetzentwurfes einzutreten. Budgetminister Palmade erklärte, im günstigsten Falle würde man bei Aufstellung des Budgets für 1933 mit einem Fehlbetrag von 6½ Milliarden rechnen. Der Minister wies besonders auf die Einsparung von 1½ Milliarden hin, die bei den militärischen Ausgaben gemacht werden soll, ohne die nationale Verteidigung dadurch zu schwächen. Er erklärte sich auch zu Kompromissen bereit.

SLUB
Wir führen Wissen.